

Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde
Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel
Band: 50 (1951)

Artikel: Der Friede von Basel : I. Teil
Autor: [s.n.]
Kapitel: Einleitung
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-116375>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Friede von Basel

von

Willy Real

I. Teil *)

Einleitung

Ein volles Jahrhundert hindurch ist der preußische Sonderfriede von Basel Gegenstand heftiger wissenschaftlicher Auseinandersetzungen gewesen. Während etwa Vivenot in dem unglücklichen Verlauf des Revolutionskrieges den von Preußen verschuldeten Prozeß einer Ausblutung Österreichs für das Reich sah, haben Sybel und Häusser alle Mißerfolge auf Thuguts abwegige Politik und die Unfähigkeit der österreichischen Generale zurückführen wollen. Wurde auf der einen Seite der Vorwurf erhoben, die Untätigkeit des preußischen Feldmarschalls von Möllendorff habe im Herbst 1794 entscheidende Erfolge Sachsen-Teschens am Oberrhein verhindert und jede patriotische Absicht des österreichischen Feldherrn durchkreuzt, so erhob man preußischerseits gegen die Politik an der Donau den schweren Vorwurf, sie habe im Sommer 1794 ohne Not Belgien aufgegeben und durch die damit verbundene Preisgabe des linken Rheinufers letztlich das Reich verraten. Vornehmlich Sybel hat die preußische Politik in erster Linie damit zu rechtfertigen gesucht, daß er Österreich für die Entzweiung der deutschen Führungsmächte verantwortlich machte, indem er die These vertrat, Cobenzl habe Ende 1792 die mündliche Zustimmung zum Erwerb polnischer Gebiete durch Preußen erteilt und somit das Recht verwirkt, Preußen aus dieser politischen Orientierung nach dem Osten einen Vorwurf zu machen. In der Tat hat die Frage nach der österreichischen Zustimmung zur sofortigen Einverleibung polnischer Gebietsteile durch Preußen und die im Sommer 1794 angeblich freiwillig erfolgte Preisgabe Belgiens durch Österreich bei der Beurteilung des Basler Friedens stets im Vordergrund aller Erörterungen gestanden. Wenn auch Vivenot seinerzeit unter erstmaliger Veröffentlichung einer Fülle neuer Quellen beide Fragen

*) Fortsetzung und Schluß erscheint im nächsten Band der „Basler Zeitschrift“.

glaubte verneinen zu können, wenn die historische Wissenschaft seinen Auffassungen mehr und mehr zustimmte und die besonnen abwägende Kritik Hermann Hüffers erheblich dazu beitrug, den bis dahin allzu ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der österreichisch-preußischen Rivalität beurteilten Basler Frieden aus der Arena politischer Meinungskämpfe auf die Plattform wissenschaftlicher Betrachtung zurückzuführen, so muß man dabei doch der Tatsache eingedenk sein, daß die *politischen* Schachzüge allein den Frieden nicht verständlich machen, sondern daß man den Gesamthabitus des Zeitalters mit befragen muß.

R. p. 20
1694,
-90

Die Signatur dieses Zeitalters war die Aufklärung. Je mehr sie in den Menschen den Glauben an die philanthropischen Ideale und die Lehren der Bergpredigt, an irdisches Glück und ewigen Frieden befestigte, desto bereitwilliger vertraute man auch den Friedensschalmeien aus dem Westen und desto weniger achtete man des Frevels an der geheiligten Ordnung der europäischen Dinge. Der Blick für die mit dem Umsturz in Frankreich verbundenen Gefahren ward getrübt und durch die Aufklärung eine geistige und politische Atmosphäre geschaffen, in der weder die staatstragende Gesellschaft noch ihre verantwortliche Führerschicht jahrelangen militärischen Belastungen gewachsen war. Hatte man sich für Krieg oder Frieden zu entscheiden, so wählte man den Frieden. Mit stärkerem Mißvergnügen als 1792 war man in Preußen noch nie in einen Krieg eingetreten, und wenn die täglich zunehmende Partei der Friedensfreunde diesen Krieg immer dringender zu beenden wünschte, dann tat sie es nicht nur aus politischen Gründen, sondern mindestens ebenso sehr aus der Lebensform der Spätaufklärung selbst heraus. Das Sekuritätsbedürfnis der an Frieden und Untertanenglück glaubenden Menschen vertrug sich nicht mit dem harten Gesetz des Krieges. Was die Gesellschaft in allen ihren Schichten oft nur unbewußt ersehnte, wurde von den höchsten Repräsentanten der geistigen Bildung als die Forderung des Tages verkündet. Was Herder 1793 in den «Briefen zur Beförderung der Humanität» zu sagen hatte, war auch dem Volk aus der Seele gesprochen. Was Kant 1795 in der Abhandlung «Vom ewigen Frieden» aussprach, gehörte mit jenen Briefen Herders zusammen wie das Plus und Minus der Algebra. Waren dort die Gedanken ganz allgemein auf Glück und Frieden unter den Völkern gerichtet, um wahre Humanität gedeihen zu lassen, so wurde hier konkret die Forderung erhoben, sich nicht in die politische Daseinsform eines fremden Staates einzumischen. Aus der Sprache der Lehrkanzel in die des praktischen Politikers übersetzt, besagte sie nichts anderes, als daß es abzulehnen sei, sich mit der französischen Revolution

gewaltsam auseinanderzusetzen. So wurde vom Bereich des Geistes und des deutschen Neuhumanismus aus dem Krieg geradezu der Boden entzogen und für eine künftige Neutralitätspolitik die philosophisch-ethische Legitimation vorgezeichnet.

Vor dem Hintergrund dieses Antlitzes der Zeit vollzog sich alles politische und militärische Geschehen. Für dieses wiederum war von größter Bedeutung, daß auch im preußischen Offizierkorps Unmut und Verzagtheit von Anfang an weit verbreitet waren und der Bund mit Österreich für die meisten keine echte Waffenbrüderschaft, sondern eine zeitgebundene Erwerbsgenossenschaft darstellte. Statt selbstlos einer gemeinsamen Aufgabe zu dienen, dachten die Bündnispartner schon 1792 daran, möglichst weitgehende Entschädigungen für die Kosten dieses militärischen Abenteuers einzuheimsen. In der Umgebung des Königs mehrten sich die Stimmen, die für ein Ausscheiden aus dem Kriege im Westen plädierten, um auf Kosten Polens an der Weichsel territorialen Ambitionen nachzugehen. Die zweite polnische Teilung vom Januar 1793 hat dann auch in der Tat das ohnehin bestehende Mißtrauen Österreichs zu einer erklärten Feindschaft gegen Preußen auswachsen lassen. Man konnte am Rhein nicht einig bleiben, wenn man sich an der Weichsel entfremdete. Als dann gar Ende 1793 eine unausgesetzte Kette militärischer Mißerfolge einsetzte, bedrängte die preußische Friedenspartei immer gebieterischer den König, die eigene Armee zurückzuziehen und nur noch mit dem preußischen Reichskontingent im Felde zu verharren, um die letzten finanziellen personellen und materiellen Ressourcen zu schonen. Die ritterliche Anteilnahme am Schicksal der Bourbonen, die hohe Auffassung von dem Gebot der Bündnistreue und der Wunsch, auch als Vorkämpfer der Integrität des Reiches angesehen zu werden, veranlaßten den mit seinen Ansichten im Grunde recht einsamen König, alles zu tun, um die für die Fortsetzung des Krieges erforderlichen Hilfsquellen zu erschließen. Aber auch der sogenannte Haager Subsidienvertrag (19. 4. 1794) vertagte die Krise nur. Als der polnische Aufstand den König im Mai 1794 erneut an die Weichsel rief, war es den Friedensfreunden ein leichtes, hierin eine Bekundung des Vorranges der preußischen Interessen im Osten vor denen im Westen zu sehen und den König erneut zu bestürmen, den Machtopportunismus des Staates über das Schicksal des Reiches zu stellen. Sie sollten jedoch mit ihren Bemühungen um die Friedensbereitschaft des Königs erst Erfolg haben, als infolge der militärischen Zuspitzung im flandrischen Raum der Streit um den Einsatzort der preußischen Truppen erneut eine tiefe Kluft unter den Verbündeten aufriß, die militärischen Sicherungen westlich des Rheins zu-

sammenbrachen und der Strom nur noch mit Mühe gehalten werden konnte. Wie der preußische Oberbefehlshaber von Möllendorff jedoch schon Monate vorher daranging, aus der ihm aussichtslos erscheinenden militärischen Lage – zunächst ohne Wissen und Einwilligung seines Königs – die Folgerungen zu ziehen, soll auf den folgenden Seiten geschildert werden.

Erstes Kapitel

Schmerz' geheime Sondierungen im Auftrage des preußischen Hauptquartiers

Der preußische Staat, der sich um die Jahrhundertmitte den Eintritt in den Kreis der europäischen Großmächte erzwungen hatte, war inzwischen sich selber unähnlich geworden. Der so unerbittliche Entscheidungswille, mit dem Friedrich den Tag von Leuthen begonnen und die Katastrophe von Kunersdorf überstanden hatte, war nur noch in wenigen Gestalten lebendig. Der Feldmarschall von Möllendorff, der nach dem Rücktritt des Herzogs von Braunschweig die Führung der preußischen Rheinarmee übernahm, stand zwar auch jetzt noch als Soldat in hohem Rufe, aber die Feldherrnkunst des nunmehr Siebzigjährigen war nicht elastisch genug, als daß sie sich den Methoden der revolutionären französischen Kriegskunst hätte anpassen können. Müde und schwunglos in der Handhabung seines Kommandos, von einem Geschlecht von Epigonen umgeben, trug er nicht mehr den brennenden Eifer des Tatmenschen in sich, der auch die letzten Energien für einen Kampf um die legitime Ordnung und die Rechte der Krone zu entbinden vermocht hätte. Die Berliner Friedenspartei begrüßte seine Berufung an die Spitze der Armee mit Beifall und Dank, sah sie doch in ihm einen Wegbereiter des Friedens. Möllendorff sollte sie in ihren Erwartungen nicht enttäuschen. Er hatte sich, groß geworden im preußischen Dienst, ein gehöriges Maß von Mißtrauen und Abneigung gegen die Wiener Politik bewahrt, so daß es für ihn, da auch reichspatriotische Empfindungen nur von untergeordneter Bedeutung waren, kaum Hemmungen gab, als sich ihm ein Weg aus dem Dilemma des Krieges bot. Wie fast alle Kommandeure der preußischen Streitkräfte am Rhein hatte auch er den Haager Subsidienvertrag im Grunde seines Herzens verwünscht. Er haßte die Diplomaten und militärischen Unterhändler der Seemächte, die in seine strategischen Maßnahmen unausgesetzt mit hineinreden wollten. Er beargwöhnte die Österreicher, vornehmlich den Herzog